

**Gemeinsamer Antrag
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke. öffentlich**

Zur Sitzung	Sitzungstermin	Behandlung
Rat der Stadt	25.11.2021	Entscheidung

Betreff

Sicherer Hafen Duisburg - Aufnahme der Menschen an der polnisch-belarussischen Grenze

Inhalt

Der Rat der Stadt möge beschließen:

Der Rat der Stadt missbilligt, dass Menschen an der belarussisch-polnischen Grenze als Spielball Belarussischer und Europäischer Außenpolitik instrumentalisiert werden und fordert eine sofortige Aufnahme der Menschen durch die EU.

Duisburg als Mitglied des Städtebündnisses Sicherer Häfen soll sich auch hier bereit erklären, Menschen zusätzlich zur Verteilquote aufzunehmen.

Wir bitten Herrn Oberbürgermeister Sören Link:

- Wenden Sie sich an das Bundesinnenministerium und bieten Sie an, Geflüchtete von der polnisch-belarussischen und polnisch-deutschen Grenze in Duisburg freiwillig aufzunehmen. Wir haben Platz!
- Machen Sie sich medienwirksam stark für eine solche Aufnahmepolitik!
- Verbünden Sie sich mit anderen Sicherer Häfen und üben Sie gemeinsam Druck auf die Bundesregierung aus, kommunale Aufnahmeprogramme für geflüchtete Menschen zu ermöglichen!

Begründung:

Einige Tausend Flüchtlinge halten sich laut Experten in Belarus auf. Genaue Zahlen sind nicht zu ermitteln. Die belarussische Regierung bringt diese Menschen gezielt an die Grenze zur EU. Etwa 100 Menschen täglich, oft auch mehr – und das seit August 2021. Etwa 20.000 Menschen sollen so bis Mitte Oktober in die Grenzregion zwischen Belarus und der EU gekommen sein [1].

An der polnischen Grenze sind etwa 10.000 polnische Soldaten im Einsatz, um diese Menschen abzufangen. Es kommt nach zahlreichen Berichten zu Festnahmen und zu *Pushbacks* [2].

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung Antrag

Hierbei handelt es sich um gewaltsam durchgeführte Einsätze polnischer Grenzsoldaten, bei denen Flüchtlinge, die schon auf EU-Boden angelangt sind, zurück an die Grenze gebracht und in Richtung Belarus abgesetzt werden. *Pushbacks* sind eindeutige Verstöße gegen die Menschenrechte und sie verstoßen zudem gegen geltendes EU-Recht. Von der polnischen Regierung wurden diese *Pushbacks* genauso wie ungeprüft abgelehnte Asylanträge der Flüchtlinge als legitimes Mittel in dieser Sache bezeichnet [3].

Erschwerend kommt hinzu, dass die Bürgerrechte in der Region durch den erklärten Ausnahmezustand stark eingeschränkt sind. Das Gebiet darf nicht betreten werden. Freiwillige und Hilfsorganisationen werden durch die polnische Regierung behindert, den Menschen zu helfen, die schutzlos Kälte, Nässe und Hunger ausgesetzt sind.

Am 19.04.2021 trat Duisburg per Beschluss eines gemeinsamen Antrages von SPD, CDU, GRÜNE und Linke im Rat der Stadt dem Städtebündnis **Sicherer Häfen** bei (Drucksache 21-0479). Der Beschluss ist eine Zusicherung, geflüchtete Menschen, die im Mittelmeer in Seenot geraten, zusätzlich zur Verteilquote in Duisburg freiwillig aufzunehmen.

Er fußte auf einem breiten Konsens im Rat, Menschen auf der Flucht am Rande einer humanitären Katastrophe zu helfen.

Dieser Konsens herrscht auch im Hinblick auf die sich abzeichnende humanitäre Katastrophe an der polnischen Grenze.

Es bedarf der zügigen Aufnahme der Menschen, die an der benannten Grenze festgehalten werden, um ihnen ein rechtsstaatliches Verfahren zur Einreise oder zum Asyl in der Europäischen Union zu ermöglichen. Die Menschen dürfen nicht länger als Spielball internationaler Machtpolitik missbraucht werden.

Duisburg hat die Möglichkeiten, einen Teil der Menschen jetzt aufzunehmen. Duisburg hat die Möglichkeit, jetzt zur Entspannung des Konflikts beizutragen. Dies wird durch diesen Antrag unterstützt.

* [1] <https://www.deutschlandfunk.de/lukaschenko-gegen-die-eu-wie-belarus-gefluechtete-als-100.html>

* [2] <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/polen-belarus-grenze-fluechtlinge-demonstration-100.html>

* [3] <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/polen-belarus-grenze-fluechtlinge-demonstration-100.html>